



Auf Verschleiß gefahren

Es ist ein lautes Wehklagen, zu dem jetzt die ÖPNV-Branche ansetzt, nachdem von Verkehrsunternehmen in den vergangenen Jahren nur vereinzelt Kritik zu hören war. Dabei sind die Probleme längst offensichtlich. Die Anbieter von Bus- und Schienenverbindungen hängen mehr denn je am Tropf des Staates, um die gleichen Leistungen wie bislang anzubieten. Zusätzliche Einnahmen durch Fahrpreiserhöhungen sind ausgereizt, ebenso haben Sparpotenziale eine Grenze erreicht. In vielen Orten wird der Fuhrpark daher bis zur Verschleißgrenze gefahren.

Die Rolle des Nahverkehrs als öffentliche Daseinsvorsorge betonen Politiker in Brandenburg zwar immer wieder, verweisen aber gleichzeitig auf die schwierige Kassenlage. Dabei werden grundlegende Reformen von einer Legislaturperiode zur nächsten verschoben – niemand will sich dem Zorn der Bevölkerung aussetzen. Doch ohne neue Konzepte etwa für die steigenden Pendlerströme und ohne eine langfristige finanzielle Planungssicherheit wird das Liniennetz immer löchriger. Irgendwann sind dann die letzten Fahrgäste vergrault.

HENNING KRAUDZUN

Dachdecker festgenommen

Bernau (ds) Die Polizei in Bernau (Barnim) hat am Dienstag drei Männer festgenommen, die einem Rentnerehepaar Dachdeckerleistungen für eine dreistellige Summe angeboten hatten und nach der Ausführung wesentlich mehr Geld dafür verlangten. Die 19, 24 und 34 Jahre alten Männer wurden zur Aufnahme ihrer Personalien zeitweilig festgenommen, jetzt ermittelt die Kriminalpolizei. Am gleichen Tag hatte diese Zeitung über einen ähnlichen Fall in Wandlitz berichtet, bei dem Dachdecker von Rentnern 25 000 statt ursprünglich 700 Euro verlangt hatten.

Chipkarten für Asylbewerber

Potsdam (dpa) Brandenburgs Gesundheitsministerin Anita Tack (Linke) setzt sich dafür ein, dass Asylsuchende in Brandenburg mit einer Krankenkassenkarte zum Arzt gehen können. „Die Nutzung der Chipkarte vereinfacht den Gang zum Arzt“, sagte Tack am Dienstag. Bisher müssen Asylsuchende sich vor jedem Praxisbesuch die Kostenübernahme vom Sozialamt bestätigen lassen. Mit der Chipkarte würde auch der Verwaltungsaufwand verringert, so Tack. Sie wirbt bei Landkreisen und kreisfreien Städten für ein entsprechendes Modell der AOK Nordost.

Märkische Oderzeitung
Märkische Zeitung
Abo-Service:
0335 665 99 557
Anzeigen:
0335 665 99 556

Telefon der Redaktion
Berlin/Brandenburg:
0335 5530-522/-516
Fax: 0335 5530-538
E-Mail:
brandenburg@moz.de

Verkehrsbetriebe beklagen große Finanzprobleme

Branche protestiert vor dem Reichstag

VON HENNING KRAUDZUN

Potsdam/Berlin (MOZ) Die finanzielle Lage vieler Verkehrsunternehmen ist schwierig. Mit über 60 Linienbussen, ein Drittel davon aus Brandenburg, protestierten Branchenvertreter am Mittwoch in Potsdam und vor dem Reichstag. Sie fordern eine bessere Finanzierung ihrer Leistungen.

Bärbel Reichelt fällt es schwer, zwischen den Geschäftsführern der Verkehrsunternehmen mit ihrem Anliegen wahrgenommen zu werden. „Mobilität ist Menschenrecht“, hat die Seniorin auf ein Schild geschrieben. Die Berlinerin ist auf ihren Rollstuhl angewiesen. Und im öffentlichen Nahverkehr fühlt sie sich oft verloren. „Es ist ein Abenteuer, einen Ausflug ins Umland zu unternehmen“, sagt die Frau aus Lichterfelde.

Gern würde sie etwa zu den Sommerkonzerten ins Kloster Chorin fahren oder in einen der Potsdamer Parks. „Viele Busse haben gar kein Platz für Rollstuhlfahrer“, beklagt sie. Zudem fehlten immer wieder Aufzüge auf Bahnhöfen. Daher ist es aus ihrer Sicht wichtig, wenn mit staatlichen Nahverkehrsmitteln auch in die Barrierefreiheit investiert wird.

Bis 2022 ist diese bundesweit vorgeschrieben, doch viele Betreiber von Bussen und Bahnen haben die Kosten noch nicht einmal kalkuliert. Werner Jumpertz, Vizevorsitzender der Landesgruppe Ost des Verkehrsverbandes VDV, schätzt, dass in Brandenburg 120 Millionen Euro für die Umrüstung der Fahrzeuge notwendig sind, um sie barrierefrei zu machen. Doch die jährliche Finanzierungslücke der ÖPNV-Anbieter im Land betrage schon 50 Millionen Euro, rechnet der Chef der Verkehrsbetriebe Brandenburg/Havel vor.

Allein in Berlin sind erst 60 Prozent der U-Bahnhöfe mit Fahrstühlen ausgestattet worden, berichtet die Vorstandsvorsitzende der Berliner Ver-

kehrsbetriebe (BVG), Evelyn Nikutta. Größtes Problem des Landesunternehmens ist jedoch, ausreichend Kapazitäten anzubieten. „Wir haben überfüllte Fahrzeuge, bekommen aber nicht mehr Geld für mehr Leistungen“, sagt sie. Dabei sei der Nahverkehr das „Rückgrat des städtischen Lebens“.

Bundesweit sind die Fahrgastzahlen in den vergangenen zehn Jahren um sieben Prozent gestiegen. Gleichzeitig seien Zuschüsse der öffentlichen Hand um 250 Millionen Euro gesunken, konstatiert der VDV-Präsident Jürgen Fenske. Wesentliche Finanzierungssäulen wie die Regionalisierungsmittel stehen auf dem Prüfstand. An Investitionen sei nicht mehr zu denken. „Das geht nicht mehr lange gut“, meint er. Um die dramatische Lage zu verdeutlichen, übergaben Fenske und die Unternehmen am Mittwoch eine Resolution an den Bundestag. Mehr als verständnisvolle

In Brandenburg beträgt das jährliche Defizit schon 50 Millionen Euro

Worte erhielten sie von Bundestagsvize Johannes Singhammer (CSU) aber nicht. Ganz andere Probleme hat Lars Boehme zu bewältigen. Der Geschäftsführer der Uckermärkischen Verkehrsgesellschaft erzählt, dass kaputte Straßen immer wieder Umwege und höhere Wartungskosten verursachen. Jährlich 500 000 Kilometer zusätzlich müssten die 120 Busse wegen Umleitungen fahren. „Keine Kommune springt dafür ein“, kritisiert er. Auch der Fuhrpark könne kaum erneuert werden. „Wir brauchen eine Perspektive.“

Außer Schulbussen und einer abgespeckten Daseinsvorsorge könne man kaum noch etwas anbieten, ergänzt Christian Pieper, Geschäftsführer der Busverkehrsgesellschaften in Oder-Spree und Märkisch-Oderland. Verbindungen zu später Stunde, wie in Fürstenwalde gewünscht, oder Pendlerbusse seien nicht finanzierbar. Jedes Jahr fahren beide Gesellschaften rund 100 000 Kilometer weniger – da die Auslastung fehlt. „Es ist eine Negativspirale.“ (Mit Adleraugen)

Auf und davon



Zur Silberhochzeit über den Barnim: Eine Ballonfahrt schenkte Tochter Scarlett ihren Eltern Petra und Martin Warlich aus Ladeburg zum 25. Hochzeitstag. Pilot Hilmar Lorenz brachte sie auf 700 Meter Höhe und fuhr mit ihnen etwa 20 Kilometer weiter östlich.

Foto: MOZ/Sergej Scheibe

Bauarbeiten an der A 12 in Frankfurt

Frankfurt (Oder) (gro) Die Auf- und Abfahrt Frankfurt-Mitte der Autobahn A 12 wird ab Dienstag kommender Woche, dem 16. September, für voraussichtlich eineinhalb Wochen gesperrt. Kraftfahrer müssen auf dem Weg von und nach Frankfurt (Oder) die Anschlussstelle Frankfurt-West nutzen. Auch die Umleitung für Fahrten von Frankfurt (Oder) in Richtung Polen führt über Frankfurt-West. Die Autobahn selbst ist von der Sperrung nicht betroffen.

Die Sperrung ist notwendig, weil der Landesbetrieb Straßenwesen im Kreuzungsbereich der Anschlussstelle Frankfurt-Mitte die Fahrbahnen der Bundesstraßen B 112 und B 87 erneuern lässt. Die Fahrbahnen werden dafür auf nur eine Spur für beide Fahrrichtungen eingeschränkt. Der Verkehr wird wechselseitig durch die Baustelle geführt. Auf beiden Bundesstraßen muss mit langen Wartezeiten und Staus gerechnet werden. Die Straßenbauarbeiten dauern voraussichtlich bis zum 26. September.

In den Herbstferien wird die Ortsdurchfahrt Markendorf der B 87 halbseitig gesperrt. In Richtung Müllrose kann durchgefahren werden. In Richtung Frankfurt wird eine Umleitung eingerichtet.

Doberlug bleibt beliebtes Ausflugsziel

Doberlug-Kirchhain (bb) Die erste Brandenburgische Landesausstellung in Doberlug-Kirchhain (Elbe-Elster) bleibt ein Besuchermagnet. Seit der Eröffnung der Schau vor 14 Wochen sahen sich fast 50 000 Menschen die Ausstellung rund um den 200. Jahrestag des Wiener Kongress an. Am morgigen Freitag will Kulturministerin Sabine Kunst (parteilos) den 50 000 Besucher in der sanierten Vierflügelanlage begrüßen.

Die Ausstellung, die auch die reibungsvolle Geschichte zwischen Preußen und Sachsen beleuchtet, ist noch bis zum 2. November geöffnet. Zu sehen ist dort ein Tisch, auf dem die Schlussakte über die neue Aufteilung Europas im Jahr 1815 unterzeichnet wurde.

Stiftung bittet um Unterstützung

Befürworter der Garnisonkirche können im Internet unterzeichnen

Potsdam (dpa) Im Streit um den Wiederaufbau der Garnisonkirche werben die Initiatoren um Unterstützer. Befürworter des umstrittenen Projekts können auf einer Internetseite der Stiftung Garnisonkirche unterzeichnen. Bislang finden sich mehr als 1000 Namen auf der Seite. „Wir freuen uns, dass nun auch deutlich wird, wer den Wiederaufbau unterstützt“, teilte Martin Vogel, theologischer Verwaltungsvorstand der Stiftung am Mittwoch mit. Bei aller Kritik am dem Projekt dürfe nicht verges-

sen werden, dass es viele Menschen unterstützen.

Die Garnisonkirche gilt als Symbol der Verbindung von Preußentum und Nationalsozialismus. Es gibt ein Foto auf dem sich Adolf Hitler und Reichspräsident Paul von Hindenburg die Hand reichen. Die Szene wurde später als Symbol der Versöhnung zwischen Preußen und den Nationalsozialisten gedeutet. Wegen dieses Hintergrundes wollen Gegner den Wiederaufbau der Kirche verhindern. Potsdams Oberbürgermeister

Jann Jakobs (SPD) wird bei der Sitzung des Stiftungskuratoriums am Montag deren Auflösung beantragen. Jakobs sieht sich nach einem Bürgerbegehren durch das Votum der Stadtverordneten dazu verpflichtet – obwohl die Stadt selbst der Stiftung angehört. Der Antrag dürfte aber ins Leere laufen: Die Stadt hat nur einen Sitz im elfköpfigen Kuratorium. Für die Auflösung der kirchlichen Stiftung wäre eine Dreiviertelmehrheit notwendig.

unterstuetzen.garnisonkirche.de

Brandenburger nutzen Briefwahl

Unterlagen müssen bis heute bei der Post abgegeben werden

Potsdam (dpa) Für die Landtagswahl am diesem Sonntag zeichnet sich eine hohe Briefwahl-Beteiligung ab. Landesweit haben bis zum Anfang der Woche 192 670 Wahlberechtigte den erforderlichen Wahlschein beantragt, teilte Landeswahlleiter Bruno Küpper am Dienstag in Potsdam mit. Bei den vergangenen Landtagswahlen hatten 219 527 Menschen per Brief abgestimmt – ein Anteil von 15,4 Prozent. Bei der Bundestagswahl im vergangenen Jahr lag deren Anteil bei 16,2 Prozent.

Vor allem in Potsdam und in Cottbus machten die Menschen von der Möglichkeit Gebrauch, hieß es. In der Landeshauptstadt liegt der Anteil der Briefwähler bislang bei 13 Prozent, in Cottbus bei 12,2 Prozent. Nach Angaben der Stadt Potsdam waren bis Anfang September 14 000 Anträge eingegangen. Das waren rund 1500 mehr als zum vergleichbaren Zeitraum bei der Kommunalwahl im Mai. Bei den Kreisen liegen laut Landeswahlleiter bislang Potsdam-Mittelmark (10,5 Prozent) und

Dahme-Spreewald (9,9) an der Spitze. Auf wenig Interesse stößt die Briefwahl in Brandenburg an der Havel (5,5) und in der Prignitz (6,4) sowie Elbe-Elster (6,9).

Die ausgefüllten Unterlagen sollten laut Wahlleiter bis heute in die Post gegeben werden, damit sie pünktlich ankommen. In Ausnahmefällen wie Krankheit können die Unterlagen sogar noch am Sonntag bis 15 Uhr beantragt werden. Dann müssten die Betroffenen aber selber dafür sorgen, dass sie bis zum Wahlschluss um 18 Uhr vorliegen.

Tschüss Platte – DDR-Neubauten verschwinden

Für den Abriss der Häuser wurden bislang 210 Millionen Euro vom Land ausgegeben / Wohnungsverband warnt vor neuer Leerstandswelle



Sag' beim Abschied leise Servus: Ein Kran hebt eine Betonplatte von einem Neubau ab.

Foto: ZB/Patrick Pleul

Schwedt (dpa) Wo einst in Plattenbauten Tausende Menschen wohnten, erobert sich in Schwedt (Uckermark) die Natur das Terrain zurück. Aus Setzlingen werden stramme Kiefern, ein kleiner Wald entsteht. „Bald wachsen hier Pilze“, ist sich Bürgermeister Jürgen Polzehl (SPD) sicher. Brandenburg trennt sich nach und nach von ungeliebten Plattenbauten. Gestartet an den Stadträndern geht es langsam in die Zentren vor. Zunächst waren Städte mit großen Neubaugebieten wie Cottbus, Frankfurt (Oder), Eisenhüttenstadt (Oder-Spree) oder Schwedt an der Reihe. Jetzt können sich auch die kleineren Städte von ungeliebten „Platten“ trennen.

Von 2002 bis 2013 wurden nach Angaben des Infrastruk-

turministeriums für den Abriss von Plattenbauten rund 210 Millionen Euro ausgegeben – getragen je zur Hälfte von Bund und Land. Abgerissen – oder „zurückgebaut“ wie es im Amtsdeutsch heißt – wurden in den vergangenen 15 Jahren knapp 61 000 Neubauwohnungen im Land. Sie wurden vom Markt genommen, weil sich kein Mieter mehr fand, wie der Abteilungsleiter für Stadtentwicklung im Infrastrukturministerium, Jürgen Schweinberger, sagt. Einerseits ist der DDR-Standard in der Platte wenig attraktiv, andererseits fehlen Interessenten, die eine Wohnung suchen.

Der größte Andrang für den Abriss ist den Angaben zufolge jedoch vorbei. Jährlich werden noch Anträge für rund 2000 bis 3000 Wohnungen gestellt. In den

ersten Jahren waren es etwa doppelt so viele. Bis 2020 sollen noch rund 35 000 Wohnungen vom Markt genommen werden, rund 130 Millionen Euro stehen dafür bereit.

Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) sieht das Land vor einer zweiten Leerstandswelle. Bis 2020 könnten rund 100 000 Wohnungen dauerhaft leer stehen, 30 000 mehr als heute. Nachdem zunächst vor allem in größeren Städten Plattenbauten abgerissen wurden, sind die Probleme in den ländlich geprägten Regionen gestiegen. Für den Rückbau in Orten mit bis zu 20 000 Einwohnern stellt das Infrastrukturministerium von 2014 bis 2018 einmalig rund elf Millionen Euro bereit. Der Rückbau

von einem Quadratmeter kostet etwa 70 Euro.

In Rheinsberg (Ostprignitz-Ruppin) sollen 40 Wohneinheiten im Zentrum zurückgebaut werden. Das freierwerdende Areal werde in ein Kiez- und Bürgerzentrum integriert, sagt der Geschäftsführer der Rheinsberger Wohnungsgesellschaft, Stephan Greiner-Petter. „Der sichtbare städtebauliche Missstand durch Leerstand wird beseitigt“, hofft er. Storkow (Oder-Spree) erhält rund 1,5 Millionen Euro für den Abriss von rund 360 Wohnungen. Nach Rüdersdorf (Märkisch-Oderland) gehen etwa 670 000 Euro, 176 Wohnungen werden verschwinden. Die Stadt am Rande Berlins konnte sich zwar über Zuzügler freuen, aber keiner will in einen Plattenbau einziehen.